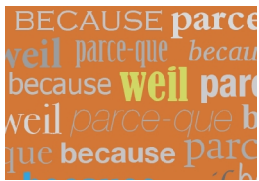


Abstimmungen vom 24. September 2017

NEIN zur Volksinitiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“



Die Volksinitiative verlangt, dass in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird, statt Englisch und Französisch wie heute. Die Initianten beklagen eine Überforderung der Kinder und die Vernachlässigung der Fächer Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften.

Gegenargumente:

- Mit dem Entscheid für eine Fremdsprache wird der Entscheid, um welche Sprache es sich handeln soll, nicht gefällt.
- Der Kanton Luzern wird mit der Initiative bezüglich Volksschule in der Schweiz und Zentralschweiz zu einer Insel, was unter anderem den Wohnortswchsel von Familien mit Kindern erschwert.
- Mit einer Verschiebung des Unterrichts in der zweiten Fremdsprache wird die Sekundarstufe sprachenlastig auf Kosten der anderen Fächer.
- Die Volksschule müsste schon wieder eine Reform verkräften.

Die Delegierten der CVP Kanton Luzern lehnen die Initiative mit 73 Ja zu 139 Nein (6 Enthaltungen) ab.

JA zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit



Die Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“ des Schweizer Bauernverbandes wurde am 8. Juli 2014 eingereicht. **Die Initiative will die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus vielfältiger und nachhaltiger einheimischer Produktion stärken.**

Der Artikel fordert Massnahmen zur Reduktion des Verlustes von Kulturland und zur Umsetzung einer Qualitätsstrategie.

Der Ständerat hat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dieser nimmt das Grundanliegen der Initianten auf, ist aber präziser und eindeutiger formuliert. Der Vorschlag sieht vor, dass für die Ernährungssicherheit ein umfassendes Gesamtkonzept in die Verfassung aufgenommen wird. Dazu gehört die Sicherung der Produktionsgrundlagen, insbesondere des Kulturlandes, eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion und eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Zusätzlich wurden noch Anliegen der von den Grünen eingegebenen «Fair-Food-Initiative» aufgenommen. Der Bauernverband hat seine Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen.

Die Delegierten der CVP Kanton Luzern stimmen der Vorlage mit 192 Ja zu 19 Nein (11 Enthaltungen) zu.

Abstimmungsparolen vom 24. September 2017

kantonal:

NEIN zur Volksinitiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“

national:

JA zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit

JA zum Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch die MWST

JA zum Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020

Agenda 2017

C-Plus Anlass

Donnerstag, 28. September 2017, 19 Uhr

Partei- und Generalversammlung

Mittwoch, 15. November 2017, 19 Uhr

Gemeindeversammlung

Dienstag, 28. November 2017, 20 Uhr

Bitte reservieren Sie sich diese Termine schon heute. Wir freuen uns über rege Teilnahme an unseren Anlässen.

JA zum Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

JA zum Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020



Die Altersvorsorge ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Ihre finanzielle Stabilität ist in Gefahr. Mit der Rentenreform soll die wegen höherer Lebenserwartung und tiefer Zinsen aus dem Gleichgewicht geratene Altersvorsorge wieder auf ein stabiles Fundament gestellt werden:

Sie umfasst ein ganzes Paket an Massnahmen:

- Der Umwandlungssatz bei der beruflichen Vorsorge soll von 6.8 % auf 6 % gesenkt werden.
- Das Frauenrentenalter soll schrittweise von 64 auf 65 Jahren erhöht werden.
- Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 %.
- Zum Ausgleich für die Ausfälle in der zweiten Säule soll jeder Neurentner monatlich 70 Franken mehr AHV bekommen.

Was sagen die Befürworter?

Für den Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments aus SP, CVP, BDP, Grünen und Grünliberalen ist die in fünf Jahren erarbeitete Rentenreform ein fairer und ausgewogener Kompromiss. Er sorgt dafür, dass das finanzielle Gleichgewicht der Altersvorsorge in der 1. und 2. Säule für ein Jahrzehnt gesichert und das Niveau der laufenden und künftigen Renten erhalten bleibt. Besonders für Personen mit kleineren Einkommen, Teilzeitarbeitende und damit für eine Mehrzahl der Frauen wird die Vorsorgesituation verbessert. SP und CVP haben der Reform ihren Stempel aufgedrückt, indem sie den Zuschlag von 70 Franken mehr AHV-Rente pro Monat für Neurentner durchsetzen, um die Ausfälle in der beruflichen Vorsorge auszugleichen und die Folgen der Erhöhung des Frauenrentenalters zu mildern.

Was sagen die Gegner?

Die Gegner in der FDP und der SVP bezeichnen die Vorlage als Scheinreform, die keine Probleme löse. Das eigentliche Ziel, die stabile Finanzierung der AHV, werde verfehlt und ihre finanzielle Schieflage sogar noch verstärkt. Mit dem Ausbau der AHV um 70 Franken pro Monat würden zudem zwei Klassen von Rentnern geschaffen. Bisherige Rentner erhielten nichts, sondern nur die Neurentner. Derweil bekämen aber auch solche Neurentner den Zuschlag, die ihn nicht benötigten. Diesen Ausbau könne sich die AHV nicht leisten. Er werde finanziert über die Mehrwertsteuer und höhere Lohnabzüge. Insgesamt sei die Reform ungerecht, denn sie gehe auf Kosten der jungen Generation. Die zweite Gruppe von Gegnern, die Westschweizer Gewerkschaften, die das Referendum ergriffen haben, lehnt die Reform vor allem wegen der Erhöhung des Frauenrentenalters ab.

Die Delegierten der CVP Kanton Luzern unterstützen mit 210 Ja zu 18 Nein (2 Enthaltungen) die Zusatzfinanzierung der AHV durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 wird mit 204 Ja zu 18 Nein (2 Enthaltungen) unterstützt.

Weil die Mehrwertsteuer-Erhöhung eine Anpassung der Verfassung benötigt, braucht die Reform ein dreifaches JA, um durchzukommen: einmal für das Gesetz, zudem ein Volks- und Ständemehr für die Verfassungsänderung.